

Entschließungsantrag

der Bundesrä:innen Horst Schachner,
Genossinnen und Genossen

betreffend Pendler:innen entlasten statt belasten!

eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 13. Juni 2024 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über eine Verbrauchesteuer auf Mineralöl, Kraftstoffe und Heizstoffe (Mineralölsteuergesetz 2022 – MinStG 2022) geändert wird (4068/A und 2585 d.B.)

Die Preise sind in Österreich am stärksten von allen westeuropäischen Staaten gestiegen. Strom, Gas, Sprit, Mieten, Wohnkredite, Lebensmittel – alles ist massiv teurer geworden. Der vorliegende Entwurf entlastet vor allem Landwirtinnen und Landwirte, nicht jedoch die Pendlerinnen und Pendler, sowie jene Menschen, die aus anderen Gründen auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen sind.

Die Schuldnerberatung hat berechnen lassen, wieviel Haushalte 2024 mehr ausgeben müssen als im Jahr davor. Besonders stark gestiegen sind die Kosten für Mieten (+8%), Lebensmittel (+11%) und Heizen (+53%). Bis zu 5.000 Euro für Familien sind die zusätzlichen Kosten durch die Inflation, gegen die die Regierung viel zu wenig getan hat.

Gerade bei dem vorliegenden Gesetz wird eine eklatante Schieflage erzeugt, führt es doch dazu, dass Agrardiesel massiv subventioniert wird, während Pendler:innen im Stich gelassen werden. Es ist Anlass dafür einzutreten, endlich jene Menschen, die pendeln müssen, zu entlasten. Als Sozialdemokratie treten wir genau dafür ein!

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Bundesrä:innen und Bundesräte folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- die CO2-Steuer temporär auszusetzen bis die Energiepreise auf ein vernünftiges Niveau zurückgeführt werden können,
- eine Reform des Pendlerpauschales durch Umwandlung in einen gerechten kilometer-abhängigen Absetzbetrag für Pendler:innen mit kleinen und mittleren Einkommen, das auch ökologischen Gesichtspunkten gerecht wird, auf den Weg zu bringen,
- die Valorisierung und damit Erhöhung des Kilometergeldes in die Wege zu leiten sowie
- eine transparente und einheitliche Regelung der Energiepreise an E-Tankstellen, analog zur Bepreisung von fossilen Treibstoffen sicherzustellen.“


(SCHACHNER)


(SCHACHNER)


(WANNER)

